

LOTHAR RIEBSAMEN

Bundestagsabgeordneter für
den Wahlkreis Bodensee



Bericht aus Berlin – Nr. 11 vom 19. Juni 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,

um eines vorneweg absolut klarzustellen: Gewalt ist immer falsch. Sie kann und darf niemals eine Lösung sein. Und gerade Gewalt, die von der Polizei ausgeht, also von Menschen, die für Recht und Ordnung sorgen und andere Menschen beschützen sollen, ist besonders verwerflich. Wie aber in den letzten Tagen und Wochen mit unseren Polizistinnen und Polizisten umgegangen wird, ist ein absolutes Unding. **Es ist diskriminierend, wenn sich die Vorsitzende der ehemaligen Volkspartei SPD, Saskia Esken dazu hinreißen lässt, und alle Polizistinnen und Polizisten unter Generalverdacht stellt.** Auch Ihr Beitrag Sie sei „Antifa“ ist hier wenig hilfreich. Schließlich sind es die randalierenden Mobs der Antifa, die Polizistinnen und Polizisten angreifen, Autos anzünden sowie politisch Andersdenkende bedrohen und immer häufiger sogar tödlich angreifen und verletzen. Sich mit solchen anarchistischen Krawallbrüdern auf eine Stufe zu stellen ist nicht nachvollziehbar. Ein derartiges Gebaren ist der Vorsitzenden einer Regierungspartei mehr als unwürdig. Man fragt sich wirklich, wie das alles sein kann. Dass die SPD ihr Gespür für die wichtigen Dinge, die die Menschen wirklich bewegen, verloren hat, kann man auch an ihren Wahlergebnissen erkennen. Aber: jeder ist seines Glückes Schmied!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Lothar Rietsamen MdB

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
www.lothar-rietsamen.de

☎ (0 30) 227 – 74 123

☎ (0 30) 227 – 76 478

✉ lothar.rietsamen@bundestag.de

Die Woche in Berlin

Montag, 15. Juni 2020

Flug nach Berlin und Sitzung der Landesgruppe Baden-Württemberg

Aufgrund des weiterhin sehr ausgedünnten Flug-Angebots in Richtung Berlin, nutzte ich in dieser Woche ausnahmsweise den **Flughafen Zürich**, um in die Hauptstadt zu kommen. Just **am ersten Tag der wieder vollständig geöffneten Grenzen!** In Berlin angekommen tagten wir als CDU-Landesgruppe auch zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie wieder mit körperlicher Anwesenheit.

Dienstag, 16. Juni 2020

AG Kommunalpolitik zum Thema Abwasser

Auch die AG Kommunalpolitik tagte wieder „normal“ – wenn auch mit sehr großen Sitzabständen. Dabei ging es heute um ein enorm wichtiges Thema, das vielen Menschen gar nicht richtig bewusst ist. Schließlich bemerkt man eine funktionierende Abwasserentsorgung im Normalfall überhaupt nicht. Dabei sind hier große Herausforderungen wie die **bezahlbare Entsorgung**, vor allem in dünn besiedelten Gebieten, oder die **Belastung mit Spurenstoffen u.a. aus Antibiotika**, aber auch die Chancen als Energieträger durch Wärmetausch zu meistern.

Mittwoch, 17. Juni 2020

Öffentliche Anhörung zum Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz

Dieses Gesetz – kurz „GKV-IPReG“ – hat zum Ziel, Intensiv-Pflegebedürftige besser zu versorgen und die **Selbstbestimmung der Betroffenen zu stärken**. Es sieht dabei u.a. **klare Vorschriften für eine Intensiv-Pflege zuhause** vor. In der heutigen Anhörung konnten Vertreter von Verbänden, Kassen, Kliniken und weiteren Partnern im Gesundheitswesen ihre Einschätzung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung abgeben und Kritik oder Verbesserungsvorschläge vorbringen.

Mittwoch, 17. Juni 2020

Verlängerung mehrerer Bundeswehr-Einsätze

Deutschland wird seiner großen internationalen Bedeutung seit vielen Jahren auch im Bereich der Friedenssicherung und Stabilisierung von Krisenregionen gerecht. So auch **im Kosovo und im Libanon**, wo jeweils mehrere hundert Soldaten im Rahmen von **Einsätzen der Vereinten Nationen** ihren Dienst versehen. Heute verlängerten wir diese beiden Einsätze um ein weiteres Jahr, um die Stabilisierungsprozesse in diesen beiden Ländern weiterhin aktiv zu unterstützen.

Donnerstag, 18. Juni 2020

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

In regelmäßigen Abständen informieren Vertreter der Bundesregierung die Abgeordneten des Deutschen Bundestags über aktuelle Vorhaben und Pläne der Bundesregierung. Heute gab Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Ausblick über die **Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft** sowie über den am Freitag dieser Woche **unmittelbar bevorstehenden Europäischen Rat**.

Bund fördert Bau des Rad-Schnellwegs zwischen Friedrichshafen und Baidt

Als Beitrag zum **Klimaschutz** und zur häufig propagierten Verkehrswende wird der Bau von Radschnellwegen in Deutschland, insbesondere aber in Baden-Württemberg, massiv vorangetrieben. Radschnellwege sollen **besonders stark belastete Straßen entlasten** – wie beispielsweise die B 30 zwischen Friedrichshafen und Baidt im Landkreis Ravensburg. Laut einer Machbarkeitsstudie hat die Strecke ein **Potenzial von über 2.500 Radfahrern pro Tag** und wird außerdem auch für Freizeitradler sicherlich eine sinnvolle Ergänzung werden. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur fördert den Bau von Radschnellwegen, indem es 75 Prozent der Baukosten übernimmt. Im Fall der Verbindung zwischen Friedrichshafen und Baidt sind dies **knapp 3 Millionen Euro**. Die Planungen für den Bau der 29 Kilometer langen Strecke werden im Laufe des nächsten Jahres beginnen, **der Bau selbst dann ab dem Jahr 2024**. Als passionierter Radfahrer freue ich mich sehr über diese Unterstützung von Seiten des Bundes, ebenso wie mein Ravensburger Kollege Axel Müller.

Über eine Milliarde Euro für den Kampf gegen Handy-Funklöcher

Obwohl es das Problem der so genannten Funklöcher, also der unzureichenden Abdeckung mit Mobilfunk, eigentlich gar nicht geben dürfte, ist es vielen von uns ein treuer – wenn auch ungeliebter – Begleiter. Eigentlich ist es nämlich **Aufgabe der Mobilfunkanbieter, für eine adäquate Netzabdeckung zu sorgen!** Zwar hatten sich drei der größten Mobilfunkanbieter dazu verpflichtet, innerhalb von drei Jahren 99 Prozent der Haushalte in Deutschland mit Handyempfang zu versorgen. Dies ist, rein rechtlich betrachtet, allerdings bereits dann der Fall, wenn nur einer dieser Anbieter eine Region abdeckt. Das führt wiederum zur Unterversorgung vieler, vor allem ländlicher Räume. Nun nimmt sich die Bundesregierung des Themas an, indem sie ein bundesweites Förderprogramm in Höhe von 1,1 Milliarden Euro ins Leben ruft, ebenso wie eine neue Behörde, die **Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG)**. Neben des Voranbringens der Netzabdeckung ist auch die **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** für z.B. Sendemasten eine Aufgabe der MIG.

Fakten und Meinungen

Mehrwertsteuersenkung darf nicht zu mehr Bürokratie führen

Im Zuge des Konjunkturpakets wurde auch eine Absenkung der Mehrwertsteuer ab 01. Juli bis Ende 2020 von 19 % auf 16 % bzw. von 7 % auf 5 % beim ermäßigten Satz, beschlossen. Dies soll zu einer **Belebung der Wirtschaft** führen. Hierfür ist allerdings Voraussetzung, dass die Betriebe dies auch **an ihre Kunden weitergeben!** Zumindest von Seiten der Finanzverwaltung wird alles darangesetzt, die neuen Regelungen schnellstmöglich umzusetzen und für die Unternehmen so flexibel wie möglich zu administrieren. Fragen zur praktischen Anwendung sollen dabei in enger Abstimmung zwischen Bundesfinanzministerium und den obersten Finanzbehörden der Länder möglichst rasch geklärt werden. So soll es beispielsweise während einer Übergangszeit möglich sein, **auf eine neue Preisauszeichnung von Waren zu verzichten. Der geringere Steuersatz wird dann direkt an der Kassen berücksichtigt.**

Zitat der Woche

„Wir müssen nun einerseits die Folgen der Krise bewältigen, andererseits Europa aber auch widerstands- und zukunftsfähiger machen!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor dem Deutschen Bundestag.

Terminauswahl

Mo., 29.06.2020 bis Fr., 03.07.2020

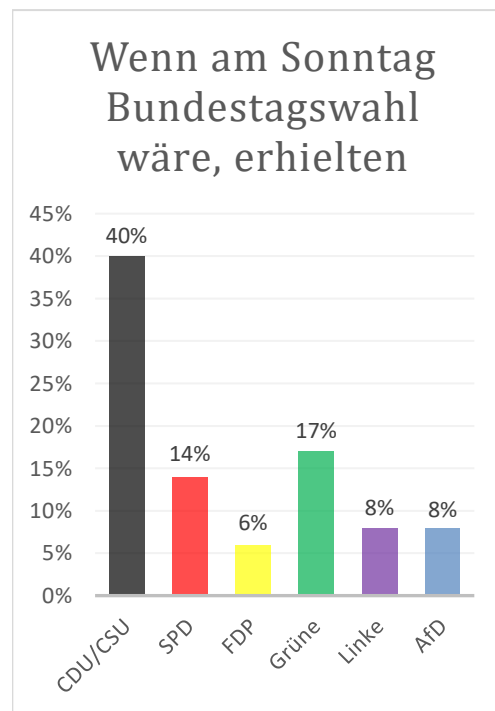
Mo., 13.07.2020 bis So., 26.07.2020

Mo., 17.08.2020 bis So., 30.08.2020

Gesetze der Woche

Neben der Verlängerung der oben genannten **Bundeswehr-Auslandseinsätze** gedachten wir am Mittwoch dieser Woche auch des **Volksaufstands am 17. Juni 1953** in der DDR. Außerdem änderten wir das Außenwirtschaftsgesetz, um deutsche und europäische **Unternehmen vor unberechtigten Übernahmen aus dem Ausland zu schützen**; wir beschlossen ein Gesetz zur **besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität** und wir **vereinheitlichen das Energieeinsparrecht für Gebäude**, indem wir bisherige Gesetze und Verordnungen in einem Gesetz bündeln. Darüber hinaus passten wir das **Entsendegesetz** an eine EU-Richtlinie an. Das bedeutet, dass für alle Beschäftigte aus dem Ausland zukünftig nach 12 Monaten alle in Deutschland vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen gelten – also z.B. Tarif- statt Mindestlohn. Zudem beschlossen wir **Verbesserungen beim Mindestlohn auf EU-Ebene** und passten das **Contergan-Stiftungsgesetz** an.

AKTUELLE UMFRAGE „Wäre am Sonntag Wahl!“



Quelle: Forsa, 13.06.2020

Aufgrund der Corona-Epidemie fallen leider weiterhin viele geplante Termine aus!!

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.

Sommerprogramm 2020 – Teil I

Sommerprogramm 2020 – Teil II